

Fremde brauchen Freunde e.V.  
co. U. Andresen, Süderende 2, 25876 Ramstedt

An die Regierung des Landes SH  
z.Hd. Herrn Ministerpräsident Daniel Günther  
Düsternbrooker Weg 104  
24105 Kiel

## **Offener Brief an die Landesregierung Schleswig-Holstein – Anwendung Beschlüsse vom 06.11.2023**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Günther,

auf diesem Weg möchten wir uns, als in der Migrationsarbeit in Schleswig-Holstein tätige Menschen, an Sie und Ihre Regierung wenden. In unserer Arbeit als Berater\*innen / Aktive in verschiedenen Feldern der Migrationsarbeit sind wir in engem Kontakt mit zugewanderten Menschen. Für uns alle gilt, dass wir mit großer Sorge darauf blicken, wie Migrant\*innen allzu oft in undifferenzierter und leider auch unqualifizierter Weise als Problem in den Fokus gestellt werden. Bereits Anfang der 1990iger Jahre mussten wir erleben, wie aus hohen Zuwanderungs- und Flüchtlingszahlen vor allem aufgrund des Jugoslawienkrieges und der Zuwanderung von Russlanddeutschen eine zunehmend fremdenfeindliche und rassistische Stimmung geschürt wurde. Dies hat letztlich nach dem unfassbaren Übergriff auf ein Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen, den Bränden in Mölln und Lübeck und anderen Übergriffen zu einer harten Einschränkung des Asylrechts geführt. Auch damals wurde u.a. dem Druck der rechten Stimmen (die Republikaner kamen aus dem Stand auf ca. 7% Stimmenanteil) nachgegeben, die gleichen Argumente wie heute wurden ins Feld geführt.

Rückblickend muss man feststellen, dass diese Maßnahmen nahezu keinen Einfluss auf die Flüchtlingszahlen hatten. Diese gingen erst nach Ende des Jugoslawienkrieges zurück. Stattdessen kamen viele Menschen in eine schwierige und unwürdige Lebenssituation. Ausgeschlossen vom Arbeitsmarkt, mit dem Gutscheinsystem jederzeit in den Läden als Flüchtlinge erkennbar, konfrontiert mit Vorurteilen, Übergriffen und einem Asylrecht, das vielen keine Sicherheit nach Flucht und Trauma bot, sondern die Menschen in einer langen Phase der Unsicherheit hielt, die viele psychisch zermürbte. Lange hat es gedauert, bis die schlimmsten Spitzen dieser Verschärfungen zurückgenommen wurden. Dazu gehören die Abschaffung der Gutscheine, der verbesserte Zugang zum Arbeitsmarkt, die Abschaffung der Zwangsverpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit oder die Schließung des Abschiebegefängnisses in Rendsburg und einiges mehr.

Das nun in der jetzigen Diskussion diese Dinge wiedergefordert bzw. - eingeführt werden, erfüllt uns mit größter Sorge. Einerseits um die Menschen, die bei uns Schutz suchen, deren Würde und deren Anspruch auf eine menschenrechtskonforme Behandlung. Andererseits sind wir in tiefer Sorge um die Verankerung der Menschenrechte in unserer Gesellschaft, die zunehmend aufgeweicht wird. Wir sehen, dass das Thema Migration allzu oft in den Vordergrund gerückt wird, wenn es kompliziert und komplex wird, die „einfachen Wahrheiten“ genutzt werden, um die schwierigen Fragen der heutigen Gesellschaftsprobleme zu beantworten. Daraus entsteht eine gefährliche Verzerrung, verbunden mit einer Stigmatisierung, die Vorurteilen und Rassismus die Tür öffnet.

Wir sehen sehr wohl, dass in der heutigen Situation die Kommunen wieder an Grenzen stoßen, dass es Lösungen braucht, um dem zu begegnen. Allerdings halten wir es für dringend geboten, den Diskurs über den richtigen Weg zu versachlichen und nicht erneut in die Falle der rechten Scharfmacher zu tapen. Natürlich ist uns klar, dass Sie als Landesregierung auf die gesamtpolitische Entwicklung nur einen begrenzten Einfluss haben. Dennoch haben Sie einen, vor allem in Bezug auf die sehr konkreten Schritte, die hier in SH gegangen werden können. Der Koalitionsvertrag Ihrer Regierung gibt hier einen inhaltlichen Leitfaden vor, an den wir an dieser Stelle gerne erinnern möchten. Bezogen auf den Maßnahmenkatalog der Länder hoffen wir, dass die Umsetzung hier in SH

sich unbedingt an dem orientieren wird, was im Sinne der Menschenrechte und der Integration der Menschen sinnvoll ist. Dazu finden sich gute Ansätze in dem Maßnahmenkatalog, wie z.B. der Hürdenabbau bei Arbeitsaufnahme, die verlängerte Gültigkeitsdauer von Aufenthaltserlaubnissen, schnellere Asylverfahren (mit der Bedingung einer unabhängigen Verfahrensberatung) oder die Identitätsklärung auch über andere Wege als einen Nationalpass zu erleichtern.

Hingegen sind aus unserer Perspektive viele der anderen Maßnahmen nicht zielführend. An dieser Stelle möchten wir darauf nicht eingehen, sondern schließen uns den Inhalten der Berliner Erklärung an.

<https://transformingsolidarities.net/de/news/berliner-erklaerung-in-verteidigung-der-migrationsgesellschaft/>

Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren wirklich vieles gut gemacht. Der Aufbau eines großen Netzwerkes aus hauptamtlichen Beratungsangeboten und Ehrenamt, ist auch mit der Unterstützung des Landes möglich gewesen. Die Bemühungen auf allen Seiten haben dazu beigetragen, dass hier immer noch eine große Solidarität zugewanderten Menschen gegenüber spürbar ist. Zwar stellt die Einrichtung des Abschiebegefängnisses in Glückstadt einen tiefen Einschnitt dar und natürlich war aus unserer Perspektive auch anderes kritik- und verbesserungswürdig. Tatsächlich stehen wir nun aber in dieser Zeit an einem Scheidepunkt, an dem wir als Gesellschaft deutlich zeigen müssen, dass wir unserem Grundgesetz, sowie humanitären und demokratischen Grundlagen unseres Miteinanders verpflichtet sind und diese schützen müssen.

Daher appellieren wir an Sie als Regierung des Landes SH den restriktiven Möglichkeiten im Bereich der Migrationspolitik, die auf Bundesebene gerade eröffnet werden, nicht zu folgen, sondern die Möglichkeiten zu nutzen, die Sie auf Landesebene haben:

- Sehen Sie davon ab, Sachleistungen oder Bezahlkarten einzuführen.
- Weisen sie die Ausländerbehörden an, keinen Gebrauch von den erweiterten Möglichkeiten der Abschiebehaft oder des Ausreisegewahrsams zu machen
- weisen Sie die Ausländerbehörden an, unter Beachtung des Verfassungsgrundsatzes der Verhältnismäßigkeit in Situationen des Abschiebungsvollzugs keine Räume Dritter zu betreten und zu durchsuchen
- Schaffen Sie schon jetzt die Möglichkeit für eine längere Gültigkeitsdauer von Aufenthaltstiteln, verbunden mit der Klärung der Identität nicht nur durch einen gültigen Nationalpass, sondern der großzügigen Anwendung der Möglichkeiten im Sinne des BVG-Urteiles in den Ausländerbehörden
- Fördern Sie den Hürdenabbau bei der Arbeitsaufnahme, u.a. durch schnellere und vereinfachte Anerkennung von Ausbildung und Abschlüssen, die Möglichkeit eines Fallmanagements im AsylbLG und durch Angebote der berufsbegleitenden Sprachförderung.

Natürlich wissen auch wir, dass die übergeordneten Themen wie Wohnungsbau, Bildung, soziale Gerechtigkeit eine große Herausforderung darstellen und nicht einfach zu lösen sind. Dennoch gilt, dass jeder einzelne Mensch zählt. Genau darauf können Sie mit ihrer Landespolitik einen sehr direkten Einfluss nehmen und wir appellieren daher an Sie, den im Sinne der Menschen zu nutzen.

Husum, 07.11.2023

Fremde brauchen Freunde e.V., Nordfriesland

im Namen des Vereins



Nachrichtlich an:

Aminata Touré

Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren,  
Integration und Gleichstellung

Prof. Dr. Kerstin von der Decken

Ministerium für Justiz und Gesundheit

Claus Ruhe Madsen

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie  
und Tourismus

Dr. Sabine Sütterlin-Waack

Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Monika Heinhold

Ministerium für Finanzen